Dienstag, 10. März 2026, 16:00 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Die Dämmerstunde

Der Westen kann mit Ländern wie China, Russland oder Indien nicht mehr mithalten, denn im Gegensatz zu diesen Ländern hat er sich von wirtschaftlichem Pragmatismus weitgehend verabschiedet.

von Uwe Froschauer
Foto: Artur Bogacki/Shutterstock.com

Im Osten geht die Sonne auf – im Westen geht sie unter. Der Satz klingt wie eine geografische Binsenweisheit. Doch er beschreibt zunehmend mehr

als nur den Lauf der Sonne. Er steht sinnbildlich für eine weltpolitische und gesellschaftliche Verschiebung: Während große Teile des Ostens wirtschaftlich, technologisch und demografisch an Dynamik gewinnen, wirkt der Westen ideologisch verhärtet, wirtschaftlich erschöpft und gesellschaftlich orientierungslos.

Aufstieg des Ostens: Pragmatismus statt Moralpredigt

China, Indien, Russland und weitere asiatische Staaten verfolgen in zentralen Fragen eine Politik des materiellen Ausbaus: Infrastruktur, Energieversorgung, industrielle Kapazitäten und technologische Souveränität. China baut Häfen, Hochgeschwindigkeitsstrecken und Produktionsketten aus. Indien investiert massiv in Digitalisierung und Industrie. Russland orientiert sich — trotz Sanktionen — neu in Richtung Asien, Afrika und den globalen Süden.

Gemeinsam ist diesen Ländern ein nüchterner Ansatz: Wirtschaft vor Ideologie, Stabilität vor Symbolpolitik.

Politische Systeme des Ostens mögen kritikwürdig sein — doch sie orientieren sich sichtbar an realen Macht- und Produktionsverhältnissen. Der Fokus liegt auf Versorgungssicherheit, Energie, Rohstoffen und eigener Wertschöpfung. Europa sollte mit diesen pragmatisch operierenden Ländern stärker zusammenarbeiten.

Eine von transatlantischen Politmarionetten befürchtete politische Systemangleichung ist für eine verstärkte wirtschaftliche und gegebenenfalls auch militärische Kooperation Europas mit dem Osten nicht zwingend notwendig.

> ***Kooperation muss nicht Gleichschaltung bedeuten. Staaten können unterschiedliche politische Modelle haben und dennoch auf Basis gegenseitiger Interessen zusammenarbeiten.***

Stellen Sie sich Folgendes vor, werte Leserinnen und Leser: Die bevölkerungsstarken Länder Indien und China als Absatzmärkte, die Rohstoffe und die Sicherheitsarchitektur Russlands und die nach wie vor technische Brillanz europäischer Länder würden zusammenspielen und sich gleichzeitig unabhängig machen vom Druck- und Erpressungsmittel der Währung Dollar. Die imperialistischen USA würden geopolitisch nicht mehr die erste Geige spielen. Europa würde sich emanzipieren. Zukunftsmusik — ich weiß — aber man wird ja noch träumen dürfen, und manche Träume wurden auch schon realisiert, nicht wahr?

Mit dem momentan eher als unterdurchschnittlich begabt zu bezeichnenden westeuropäischen politischen Personal ist das natürlich nicht zu machen. Wenn Sie mehr zu der Möglichkeit eines starken Eurasiens wissen wollen: Hier der Link zu einem kürzlich erschienenen Artikel von **mir** (https://wassersaege.com/blogbeitraege/meg-make-eurasia-greater/).

Gerade für Deutschland wäre eine solche neue außenpolitische Nüchternheit von strategischer Bedeutung. Statt sich dauerhaft in ein Abhängigkeitsverhältnis zu begeben, in dem Entscheidungen in Washington getroffen und die Kosten in Europa getragen werden, wäre eine eigenständigere Orientierung geboten. Der Eindruck drängt sich auf, dass Deutschland häufig Rechnungen für

geopolitische Strategien bezahlt, die andernorts entworfen wurden.

So entsteht das Bild eines Landes, das nicht als gleichberechtigter Akteur handelt, sondern als zentraler Spielball amerikanischer Interessen in Europa fungiert — wirtschaftlich, militärisch und energiepolitisch. Eine solche Rolle schwächt nicht nur die eigene Souveränität, sondern untergräbt auch die Fähigkeit, langfristig stabile Beziehungen sowohl nach Westen als auch nach Osten aufzubauen.

Der Westen: Moralische Überhöhung bei wachsender Realitätsschere

Demgegenüber präsentiert sich der sogenannte — andernorts belächelte — Wertewesten zunehmend als moralischer Richter der Welt, bei gleichzeitigem Verlust an wirtschaftlicher Substanz. Deindustrialisierung, Energieverteuerung, demografischer Einbruch und steigende soziale Spannungen prägen viele westliche Gesellschaften.

Besonders deutlich tritt dieser Widerspruch in der Klimapolitik zutage: Parteien und Bewegungen, die sich selbst als ökologisches Gewissen der Gesellschaft verstehen, akzeptieren oder rechtfertigen zugleich militärische Eskalation. Dabei zählt Krieg zu den größten Umweltzerstörern — durch tonnenweise Sprengstoffe, großflächige Brände, die Verseuchung von Böden und Gewässern sowie einen extrem hohen Ressourcenverbrauch.

> ***Ex-Bundesaußenministerin Baerbock sprach in ihrer Amtszeit wiederholt von Deutschland als „Partei des Friedens“, betonte jedoch gleichzeitig, dass „schwere Waffen“ für die Ukraine geliefert werden müssten und Deutschland „so lange unterstützt, wie es nötig ist“.***

Diese Haltung steht eindeutig in einem Spannungsverhältnis zur ökologischen Identität ihrer Partei.

Die Grünen haben in ihrer Zeit als Koalitionspartner in der Ampel ihre doppelmoralische Gesinnung mehr als einmal zum Ausdruck gebracht. Abgesehen von ihrer bellizistischen Haltung hat die ehemalige Doppelspitze der Grünen — Annalena Baerbock und Robert Habeck — federführend dazu beigetragen, Deutschland an den Rand des wirtschaftlichen Ruins zu bringen. Volkswirtschaftsprofessor Dr. Christian Kreis schrieb in einem Meinungsbeitrag: „Manchmal scheint es mir so, als wenn unsere beiden grünen Minister Habeck und Baerbock gewissermaßen wie Auftragskiller der deutschen Industrie handeln würden."

Trotz der „ökologischen" Ideologie der Grünen und auch anderer Parteien, die den Begriff Ökologie missbrauchen, wird Aufrüstung politisch als „notwendig" etikettiert, während gleichzeitig Autofahrer, Hausbesitzer und Landwirte moralisch diszipliniert und finanziell belastet werden. So entsteht ein paradoxes Bild: Die ökologische Verantwortung wird auf den Einzelnen abgewälzt, während staatlich organisierte Zerstörung ökologisch ausgeblendet bleibt.

Hier zeigt sich ein Kernproblem deutscher und auch europäischer Politik: Ideologie steht vor Realität.

Politische Narrative ersetzen nüchterne Kosten-Nutzen-Analysen. Komplexe Probleme werden moralisch vereinfacht — wer widerspricht, gilt nicht als Kritiker, sondern als Gegner. Die USA sind gerade dabei, innenpolitisch dieses Problem zu lösen, indem sie unter der republikanischen Führung beispielsweise dem Klimaschwindel oder dem woken Genderschwachsinn die rote Karte zeigen. Außenpolitisch bleibt ihre bellizistische Hybris bestehen, wie die Geschehnisse im Iran, Venezuela, Kuba und Grönland zeigen. Es wird Zeit, dass die Weltgemeinschaft den USA ihre

außenpolitische Grenze klar aufzeigt.

Europa als Spiegel dieser Entwicklung

Diese Ost-West-Spaltung zeigt sich nicht nur global, sondern auch innerhalb Europas. Während viele osteuropäische Staaten stärker auf nationale Souveränität, industrielle Substanz und soziale Stabilität setzen, verfolgt Westeuropa zunehmend eine Politik der Entgrenzung, Umverteilung und normativen Überhöhung.

Besonders deutlich wird dieser Unterschied am Verhalten Ungarns und der Slowakei. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán verweigerte sowohl weitere militärische Eskalationsschritte als auch zusätzliche Finanzpakete für die Ukraine und erklärte wiederholt:

„*Dieser Krieg hat keine militärische Lösung. Er kann nur durch Verhandlungen beendet werden.*“

Orbán betonte zudem, dass die Sanktionspolitik der EU vor allem Europa selbst schade und forderte, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wieder aufzunehmen, statt sie dauerhaft zu zerstören:

„*Die Sanktionen haben Europa mehr geschadet als Russland.*“

Ähnlich positioniert sich der slowakische Ministerpräsident Robert Fico, der Waffenlieferungen ablehnt, und erklärte:

„*Ich werde keine Waffen in die Ukraine schicken. Wir müssen sofort Friedensverhandlungen beginnen.*“

Fico kritisierte ausdrücklich die Logik permanenter Eskalation und forderte, Russland wieder diplomatisch einzubinden, da ein

dauerhaft feindseliges Verhältnis ökonomisch wie sicherheitspolitisch für Europa selbstzerstörerisch sei. Beide Politiker stehen damit für eine weniger bellizistische, stärker interessengeleitete Politik — im Gegensatz zu vielen westeuropäischen Regierungen, die militärische Unterstützung als moralische Pflicht formulieren und ökonomische Folgeschäden ausblenden. BlackRock und Rheinmetall freuen sich.

> ***Hier zeigt sich: Während Westeuropa zunehmend moralisch argumentiert, handeln Teile Osteuropas strategisch – mit Blick auf Energiepreise, Industrie und soziale Stabilität.***

Auch innerhalb Deutschlands lässt sich diese Linie erkennen. Die ostdeutschen Bundesländer zeigen deutlich größere Skepsis gegenüber militärischer Eskalation, migrationspolitischen Utopien und ökonomisch selbstschädlichen Energieexperimenten. Ihre Bevölkerung hat massive Transformationsbrüche erlebt — den Zusammenbruch eines Systems, Deindustrialisierung und soziale Verwerfungen. Dadurch misst sie Politik stärker an praktischen Ergebnissen als an moralischen Erzählungen.

Diese realitätsnähere Haltung zeigte sich bereits in der Corona-Zeit: In Ostdeutschland wuchs früher und stärker das Misstrauen gegenüber pauschalen Lockdowns, autoritären Maßnahmen und medialer Gleichförmigkeit. Während im Westen lange der moralische Imperativ „Solidarität durch Gehorsam“ dominierte, stellten viele Ostdeutsche schneller die Frage nach Verhältnismäßigkeit, Datenlage und Folgeschäden.

Daraus ergibt sich bis heute ein kultureller Unterschied:

Ostdeutschland ist stärker bodenständig, erfahrungsbasiert und misstrauisch gegenüber ideologischen Versprechen.

Westdeutschland hingegen folgt häufiger einem akademisch-moralischen Politikstil, in dem Haltung über Wirkungsanalyse gestellt wird.

Man könnte zugespitzt sagen:

Der Osten fragt: *Was bringt es?*
Der Westen fragt: *Wie klingt es?*

Diese Differenz erklärt, warum ostdeutsche Länder heute vielfach kritischer auf Aufrüstung, Energiepolitik und Migrationsdogmen blicken — nicht aus Ideologie, sondern aus Erfahrung.

Wirtschaftliche Verschiebungen und ideologische Verhärtung

Ein Blick auf Produktionszahlen, Energiepreise und Schuldenquoten zeigt ein immer klareres Bild:

- Asien wächst.
- Europa stagniert.
- Der Westen verschuldet sich.
- Der Osten investiert.

China ist in den vergangenen zwanzig Jahren von rund 1,2 Billionen US-Dollar Wirtschaftsleistung auf über 19 Billionen US-Dollar gewachsen, Indien verzeichnet seit Jahren Wachstumsraten zwischen fünf und acht Prozent. Demgegenüber liegen große Teile Europas und auch die USA häufig nur noch bei rund zwei Prozent realem BIP-Wachstum oder darunter. Deutschland bewegte sich zuletzt zeitweise nahe der Null-Linie.

Die jahrzehntelange Verlagerung von Produktion und Wertschöpfung in billigere Weltregionen hat viele westliche Volkswirtschaften deindustrialisiert und ihre Lieferketten hochgradig verwundbar gemacht. Energieintensive Industrien wandern ab, während Energiepreise steigen und staatliche Schulden neue Rekordstände erreichen. In den USA übersteigt die Staatsverschuldung inzwischen 38 Billionen Dollar – was einer Verschuldung von 113.000 Dollar pro Person entspricht; in vielen EU-Ländern wächst sie ebenfalls schneller als die reale Wirtschaftsleistung.

Parallel dazu verlagern sich die globalen Handelsströme. Neue Finanzarchitekturen entstehen außerhalb westlicher Kontrolle, etwa durch wachsende Handelsabkommen in Asien, regionale Währungskooperationen und Rohstoffpartnerschaften zwischen China, Russland, Indien, Afrika und dem Nahen Osten. Öl, Gas, seltene Erden und Metalle werden im Westen häufig politisch diskutiert und reguliert, während in Ländern wie China, Neu-Delhi oder Moskau langfristige Verträge und Handelsabkommen für Stabilität und Versorgungssicherheit sorgen.

> ***Der Westen verliert damit nicht nur wirtschaftlich an Gewicht, sondern auch kulturell: Seine moralischen Erzählungen überzeugen außerhalb der eigenen politischen Blase immer weniger. Während im Osten Fabriken, Bahnlinien, Kraftwerke und Häfen gebaut werden, beschäftigt sich der Westen in wachsendem Maße mit symbolischen Selbstvergewisserungen.***

Im Westen dominiert vielfach ein ideologisch aufgeladener Diskurs, der politischen Symbolismus über pragmatische Problemlösung stellt — sei es in der Klimapolitik, in Migrationsdebatten oder in der Außenpolitik. Politische Entscheidungen orientieren sich zunehmend an normativen Leitbildern statt an materiellen Rahmenbedingungen. Kritiker — wie ich — sprechen von einem

unübersehbaren, wachsenden Realitätsverlust politischer Steuerung, wenn Zielvorgaben formuliert werden, ohne deren physische, ökonomische oder soziale Umsetzbarkeit ernsthaft zu prüfen. Traumtänzerei eben.

In Europa werden Debatten über Begriffe wie „Dekolonisation des Curriculums“ — kritische Hinterfragung kolonialer Perspektiven und damit verbundene Pluralisierung der Lerninhalte — oder „toxische Männlichkeit“ — Kritik an schädlichen, übersteigerten Männlichkeitsnormen — geführt, die häufig größere mediale Aufmerksamkeit erhalten als Fragen der Energieversorgung, der industriellen Substanz oder der Infrastruktur. Debatten, die weniger praktischen Nutzen stiften als sie symbolisch aufladen und von realen Problemen ablenken.

Gleichzeitig halten viele Regierungen an symbolischen Klimazielen fest, ohne tragfähige Strategien für deren Umsetzung unter Bedingungen steigender Energiepreise und internationaler Konkurrenz vorzulegen.

So entsteht eine strukturelle Diskrepanz: Während der Osten wirtschaftliche Realität organisiert, verwaltet der Westen zunehmend moralische Narrative. Der Osten handelt interessengeleitet, der Westen argumentiert wertegeleitet — oft ohne materielle Grundlage.

> ***Politische Zielsetzungen werden nicht mehr primär an empirischen Wirkungen gemessen, sondern an ihrer ideologischen Stimmigkeit.***

Das ist das klassische Merkmal einer Gesinnungspolitik, die Realpolitik ersetzt — mit der Folge, dass wirtschaftliche Schwäche, soziale Spannungen und geopolitischer Bedeutungsverlust nicht korrigiert, sondern rhetorisch überdeckt werden.

Wenn Politik sich primär als moralische Selbstbestätigung versteht, verliert sie ihre Fähigkeit zur Gestaltung. Die Folgen sind Vertrauensverlust, Polarisierung und politischer Zynismus.

Fazit

Im Osten geht die Sonne auf — nicht, weil dort alles besser wäre, sondern weil dort Entscheidungen stärker an Macht, Produktion und Ressourcen orientiert sind.

Im Westen geht sie unter — nicht wegen fehlender Werte, sondern wegen eines Übermaßes an vorgeschobener Moral ohne ökonomische Basis.

Die Zukunft gehört nicht automatisch dem Osten.

Aber sie gehört sicher nicht einem Westen, der lieber recht haben will als handlungsfähig zu bleiben.

Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaege.com** (https://wassersaege.com/). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und

liebt Tiere und Pflanzen.